

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

17.7.1929 (No. 163)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsteil:
Chefredakteur
C. Amenb,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Konjularische Vertretung der Tschechoslowakei

An Stelle des bisherigen Konjuls der Tschechoslowakischen Republik in Stuttgart, Dr. Skarnitzl, ist Konjul Dr. Georg Jedwig mit der einstweiligen Verwaltung des Tschechoslowakischen Konsulats in Stuttgart beauftragt worden.

Zum 50jährigen Bestehen der badischen Kriminalpolizei

Zum Jubiläum der badischen Kriminalpolizei wird uns von besonderer Seite noch geschrieben:

Im Zusammenhang mit der Einführung der Reichsjustizgesetze in Baden durch das Badische Gesetz vom 3. März 1879 erging am 17. Juli 1879, also jetzt vor 50 Jahren, die landesherrliche Verordnung, die Einrichtung der Kriminalpolizei nach der Deutschen Gerichtsverfassung und Strafprozedurordnung betreffend, durch welche zur Beforgung der kriminalpolizeilichen Geschäfte, namentlich zur Erledigung von Aufträgen der Staatsanwaltschaft, des landgerichtlichen Untersuchungsrichters und des Amtsrichters aus den Staatspolizeibehörden besondere Beamte, eben die Kriminalpolizei, aufgestellt wurden.

Nach der noch jetzt geltenden Strafprozedurordnung, welche gerade in dieser Hinsicht voraussichtlich auch in Zukunft keine Änderung erfahren wird, ist die Herbeiführung der Bestrafung begangener Verbrechen durch das Gericht Sache der Staatsanwaltschaft, welche verpflichtet ist, den Sachverhalt zu erforschen, sobald sie durch eine Anzeige oder auf anderem Wege von dem Verdacht einer strafbaren Handlung Kenntnis erhält, sowie die Beweise zu sammeln und gegen den Schuldigen die öffentliche Klage zu erheben. Zur Ermittlung aller der Umstände, welche eine Straftat ermöglichen, und begleitet haben, und zwar nicht bloß die zur Verlesung, sondern auch die zur Entlastung des Verdächtigen dienenden, auf denen dann das Gericht sein Urteil aufbauen kann, muß die Staatsanwaltschaft Hilfsbeamte haben, welche ihre Ermittlungsaufträge erledigen. Dazu bedarf es neben der mehr auf Verbrechensverhütung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gerichteten allgemeinen Polizei besonders geschulter Beamter, welche in den Städten mit Staatspolizei zu besonderen Kriminalpolizeien vereinigt sind und im Interesse ihres Dienstes und der ihnen gestellten Aufgabe eine Auswahl der bestqualifizierten Beamten der Polizei sein müssen.

Mit der Staatsanwaltschaft, welche sich nach dem Ergebnis dieser Ermittlungen darüber schlüssig machen muß, ob die Erhebungen noch weiter auszudehnen sind, ob Haftbefehl beantragt und Anklage erhoben oder der ob mangels Nachweises einer Schuld oder der Lächerlichkeit eines bestimmten Verdächtigen das Verfahren eingestellt werden soll, muß die Kriminalpolizei in besonders enger Zusammenarbeit stehen, da von der Wichtigkeit und Gründlichkeit ihrer Erhebungen der Ausgang eines Strafverfahrens, und damit auch das Wohl und Wehe eines Beschuldigten abhängt. Wir dürfen mit Genugtuung feststellen, daß in Baden dieses Zusammenwirken zwischen Anklagebehörde, Untersuchungsrichter und Kriminalpolizei, wobei der Staatsanwalt, welcher die öffentliche Klage erhebt und sie in der Hauptverhandlung vor Gericht vertritt, die Erhebungen so früh als möglich selbst in der Hand hat, zu den besten Ergebnissen geführt hat, sowohl im Interesse der Ermittlung der wirklich Schuldigen und Herbeiführung ihrer Bestrafung durch das Gericht, als auch zur Aufklärung scheinbarer Straftaten und Befreiung Verdächtigter von falschem Verdacht.

Jeder einzelne Staatsbürger hat deshalb selbst das größte Interesse daran, daß in der Kriminalpolizei eine Auslese der tüchtigsten Beamten der Polizei vereinigt und ihnen die Möglichkeit geboten wird, bei dem Fortschreiten der Technik und dem immer verwickelter werdenden Wirtschaftsleben sich auf der Höhe zu halten, und daß die einzelnen Beamten entsprechend Reizung und Befähigung sich zu Spezialisten auf bestimmten Gebieten der Verbrechensforschung ausbilden. Aus kleinen Anfängen heraus ist dies bei der Badischen Kriminalpolizei, deren Einrichtung als besondere Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft gerade neuerdings wieder von den preussischen Staatsanwälten auch für Preußen dringend gefordert wird, gelungen, und es ist zu hoffen, daß diese bewährte badische Einrichtung auch in Zukunft zum Segen der Allgemeinheit erhalten bleibt.

Der Schutz der Reichsfarben. Der „Voss. Ztg.“ zufolge wird im Reichsinnenministerium geplant, dem Republikstrafgesetz eine neue Formulierung zu geben, die einen wirksamen Schutz gegen Beschädigung der Reichsfarben darstellt.

Letzte Nachrichten

Der Tagungsort der Konferenz Direkte englisch-französische Verhandlungen

WTB. Paris, 17. Juli (Tel.) Nach dem „Echo de Paris“ scheint die britische Regierung auf die Fortsetzung des Notenaustausches mit Frankreich in Sachen des Ortes der Regierungskonferenz verzichtet zu wollen, und statt dessen durch ihren Botschafter in Paris direkt mit Briand und Poincaré verhandeln zu wollen. Man dürfte — dem Blatte zufolge — in einigen Tagen über das Ergebnis dieser Unterredungen unterrichtet werden.

Änderungen

bei der Angestelltenversicherung

M. Berlin, 17. Juli (Priv.-Tel.) Wie berichtet wird, ist ein Gesetzentwurf über die Abänderung der Angestelltenversicherung an den Reichsrat gegangen. Aber den Inhalt erfahren wir an zuständiger Stelle, daß er folgende wichtige Änderungen enthält:

Einmal ist die Versicherung mehr auf die Selbständigkeit eingerichtet. Die Wahlen werden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorgenommen, die höheren Beamten vom Verwaltungsbeirat ernannt, während das bisher durch den Reichsarbeitsminister geschah. Neu ist ferner, daß Eltern und Großeltern unterstützungsberechtigt werden sollen, wenn sie bis dahin von den Versicherten unterhalten wurden. Ebenso ist in Zukunft die schuldas geschiedene Frau der Witwe gleichzusetzen. Die Zuschlagsbeträge zur Versicherung, die bisher prozentual gerechnet wurden, werden jetzt nach festen Sätzen berechnet, bringen aber angesichts der schlechten Kasienverhältnisse keine nennenswerte Erhöhung.

Die Lage im fernen Osten

Keine ernsthafte Kriegsgefahr

M. Berlin, 17. Juli (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen glaubt man nicht an eine ernsthafte Kriegsgefahr im Osten und schätzt die Kampfkraft der russischen Divisionen in Sibirien gering ein. Man glaubt eher, daß Rußland wirtschaftliche Druckmittel anwenden wird, vor allem eine Unterbindung zwischen sibirischer und mandchurischer Bahn. Damit wäre China auf dem Landweg von Europa abgeschnitten, würde auch viel stärkere Verluste erleiden. Man glaubt, daß schließlich eine Konferenz die Frage erledigen wird. Interessant ist, daß nach manchen Ansichten die Hauptursache für den Eingriff der Chinesen darin bestand, daß die Russen die Bahn Japan und Amerika zum Verkauf angeboten haben sollen, China aber ein solcher Verkauf viel unangenehmer wäre als den Russen. Daraus wäre auch die japanische Haltung, die der russischen gar nicht entgegengesetzt ist, verständlich.

Eine russische Erklärung

WTB. Moskau, 16. Juli (Tel.) Das Außenkommissariat veröffentlicht ein Communiqué, wonach China in Moskau mitteilen ließ, daß alle Streitigkeiten auf Grund der Aussprache zwischen beiden Staaten beigelegt werden müßten. Unter dieser Bedingung seien alle Fragen leicht zu lösen. Weiter erklärt die Manjing Regierung, daß sie sofort nach Empfang der Protestnote des russischen Außenkommissariats sie beantworten würde. Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion von amtlicher Seite erfährt, wird die Sowjetregierung auf diese Mitteilung nicht antworten, sondern die Antwort der chinesischen Regierung auf die Note des Außenkommissariats vom 13. Juli abwarten, die das Manjing Ministerium sofort nach Eingang des Gesamttextes der Note zu geben verspricht.

Eine Klage auf Entschädigung für entwertete Reichsanleihe

WTB. New York, 17. Juli. (Tel.) Der Verwalter für beschlagnahmtes feindliches Eigentum ist von den Erben eines im Jahre 1927 verstorbenen Gustav Doerschuch auf Gewährung einer Entschädigung für zur Zeit bei der Deutschen Bank deponierte entwertete Reichsanleihe im ursprünglichen Wert von 1 000 000 Dollars verklagt worden. In der Klage wird auf das gesetzliche Verbot des Handels mit dem Feind bezug genommen und weiter darauf, daß der Treuhänder Millionen deutscher Gelder in den Händen habe.

Das Befinden des Königs von England

WTB. London, 17. Juli. (Tel.) Wie verlautet, hat der König eine gute Nacht verbracht.

Im Bund zur Erneuerung des Reiches haben Vorstand und Arbeitsausschuss Beschlüsse gefaßt, die u. a. einen Vorschlag über Erweiterung der Rechte des Reichsrates bei der Feststellung des Haushaltsplanes und bei allen Ausgabebewilligungen während des laufenden Jahres vorsetzen. Ferner soll der Reichsrat durch Heranziehung berufstätiger Kreise ausgebaut werden. Schließlich soll darauf hingewiesen werden, daß die in der geltenden Verfassung vorgesehenen Rechte des Reichspräsidenten nicht hinreichend zur Wirkung gekommen sind.

*Allerlei Unruhe

II. (Schluß)

Die nervöse Unruhe, welche das Charakteristikum der Politik dieses Sommers ist, hat in den letzten Tagen auch auf das britische Parlament übergegriffen. Dort ist es zwischen einzelnen Rednern und dem Außenminister Genderson zu kleineren Zusammenstößen gekommen. Herr Genderson empfand einzelne Fragen aus dem Hause nach dem Konferenzort der großen Reparationstagung der Staatsmänner, nach der Rheinandrängung und nach Erledigung der Saarfrage als besonders unangenehm und antwortete recht unwirsch. Was die Saarfrage betrifft, so erklärte er, daß sie mit der Tagesordnung der großen Konferenz nichts zu tun habe, daß aber Deutschland durchaus berechtigt sei, die Angelegenheit dort zur Sprache zu bringen.

In der französischen Kammer hat Poincaré bei der Fortsetzung der Debatte über das Schuldenabkommen mit Amerika ein Vertrauensvotum ausgestellt erhalten. Die Mehrheit betrug 65. Man nimmt an, daß schließlich auch das Schuldenabkommen selbst, und zwar in einer zweckmäßigen Fassung, das heißt ohne die bekannnten Vorbehalte, eine Mehrheit finden wird. Doch werde diese Mehrheit wohl nur wenige Stimmen betragen.

Im äußersten Osten, in China, hat sich in der letzten Woche das Verhältnis zwischen Sowjetrußland und Nanking weiter zuspitzt und zu einem russischen Ultimatum geführt. Die Situation ist in den entscheidenden Fragen der chinesischen Außenpolitik vollkommen klar: der chinesische Nationalismus, der anfangs mit dem russischen Volksweltismus Hand in Hand ging, hat sich mit seinen Siegen über Peking und mit der damit verbundenen Einigung des Reiches immer mehr und mehr von der kommunistischen Doktrin befreit und damit folgerichtigerweise auch Moskau selbst abgehalftert. Die Sowjetregierung nimmt das der chinesischen Nationalregierung in Nanking sehr übel und weiß es zu schätzen, daß der linke, kommunistische Flügel des chinesischen Nationalismus in scharfer Opposition zur augenblicklich herrschenden, mehr nach rechts gerichteten Strömung steht.

Dschiangkaiſchek, der Chef der Nationalregierung in Nanking, hat seinerseits alles getan, um diesen linken Flügel dazubehalten oder zurückzubringen. Inwieweit ihm das gelungen ist, kann man von hier aus schwer beurteilen. Die einen Berichterstatter sagen ja, die anderen nein. Nach den Meldungen der zweiten Berichterstatterkategorie soll die Linksoption in unheimlichem Wachsen begriffen sein und bereits zum Sturze Dschiangkaiſcheks ausholen.

Es entspricht den Erfordernissen der inneren und äußeren Politik, daß Dschiangkaiſchek im Benehmen mit dem Regenten der Mandſchurei, dem Sohn des verstorbenen Marschalls Tschangſolin, der die Oberhoheit Nankings anerkannt hat, den nationalen Anspruch des Reiches auf die ostchinesische Bahn (Tschita-Wladiwostok) anmelde und alsbald mit bemerkenswerter Energie daranging, die Bahn von allen Elementen sowjetrussischer Einflußnahme zu säubern. Das hat sich Moskau nicht gefallen lassen und ein sehr bedrohlich klingendes Ultimatum an China gerichtet, in welchem die unerbittliche Einberufung einer Konferenz zur Regelung der Ostbahnfragen und die Rückgängigmachung aller sogenannten „Willkürmaßnahmen“ der Nankingregierung gefordert wird. Moskau erwartet innerhalb von drei Tagen Antwort. Erhält es keine befriedigende Antwort, so werde es genötigt sein, „zu andern Mitteln zu greifen“. Daraufhin hat dann Dschiangkaiſchek die Mobilisierung der Truppen in den Nordostgebieten des Reiches angeordnet.

In Nanking empfindet man das Ultimatum als eine Beleidigung Chinas. Die Hoffnung der Sowjetmacht-haber in Moskau, daß Nanking nun sogleich zu Kreuze kriechen werde, war jedenfalls eine vergebliche. Wie gemeldet wird, will Japan die Entwicklung der Dinge in der Rolle des neutralen Beobachters abwarten. Weiter heißt es, daß Nordamerika unter Umständen zu einer Vermittlung bereit sei.

Die innere Politik in Deutschland verrät gleichfalls einen bemerkenswerten Grad von Unruhe. Genießt ist der Youngplan in Paris von den Sachverständigen angenommen worden. Aber erstens belastet er uns doch mit viel größeren Summen, als wir seinerzeit angenommen haben, und zweitens wissen wir heute noch nicht

Sicher, ob die Ratifizierung des Youngplans durch die Regierungen und Parlamente der beteiligten Nationen auch wirklich die sofortige Gesamttrümmerung des besetzten Gebietes nach sich ziehen wird. Die finanz- und wirtschaftspolitische Lage Deutschlands ist aber nach wie vor außerordentlich kritisch; zumal die Landwirtschaft befindet sich in einem Zustand, der stellenweise an Verzweiflung grenzt. Nach alledem läßt sich die Unruhe, die unsere innere Politik zurzeit beherrscht, durchaus erklären. Die Opposition hat diese Situation bereits in ihrem Interesse ausgenutzt: unter der formellen Leitung des Stahlhelms ist ein Reichsausschuß zur Vorbereitung eines Volksbegehrens gegründet worden. Der eigentliche Spiritus rector des Ganzen ist Herr Eugenberg, der seine Politik auf einer breiteren Grundlage als der der Deutschnationalen Volkspartei, betreiben möchte. Der Reichsausschuß setzt sich aus der Deutschnationalen Volkspartei, der Christlichnationalen Bauernpartei, den Nationalsozialisten Hitler's und dem Stahlhelm zusammen. Es sind also die Wählerkreise, die der deutschnationalen Rechten und dem Rechtsradikalismus zuzugerechnet sind. Das Volksbegehren soll sich auf eine Abänderung der Verfassung und — dieser Punkt wird wohl an erster Stelle erledigt werden — auf die Ablehnung des Youngplans beziehen.

Eine Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege

Auf Grund des dritten Gesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung hat der Reichsarbeitsminister durch die Verordnung über Träger der Unfallversicherung vom 17. Mai 1929 eine Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege errichtet. Ihr gehören an:

1. Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Entbindungsheime und sonstige Anstalten, die Personen zur Kur oder Pflege aufnehmen, ferner Einrichtungen und Tätigkeiten in der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege und im Gesundheitsdienste.
2. Die Laboratorien für medizinische Untersuchungen und Versuche.
3. Die Laboratorien für naturwissenschaftliche Untersuchungen und Versuche, die für Zwecke des Gesundheitsdienstes arbeiten.
4. Die Betriebe, die ihre Einrichtung im Gesundheitsdienst verwenden.

Die Gründungsversammlung der neuen Berufsgenossenschaft hat am 28. Juni im Reichsversicherungsamt stattgefunden.

Bayern rühmt Preußen

Aus der nächsten Umgebung des bayerischen Ministerpräsidenten Feld wird im „Münchener Anzeiger“, an dessen Spitze Dr. Feld seit langem durch Einheirat beteiligt ist, in bemerkenswerter Weise Stellung genommen zum Abschluß des Vertrages zwischen Preußen und der katholischen Kirche. Es heißt in dem Artikel:

„Niemand kann dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun das Verdienst nehmen, daß unter seiner Regierung das Konkordat zustande gekommen ist. Braun hat in staatsmännlicher Weisheit und großer Klugheit das Zustandekommen der feierlichen Abmachung mit der katholischen Kirche durchgesetzt, man kann wohl sagen, erlämpft. Die Deutschnationalen hätten es in der Hand gehabt, die sehr weitgehenden Absichten ihres politischen Gegners zu durchkreuzen. In der entscheidenden Stunde haben sie aber etwas getan, was bei den Katholiken das Gefühl wachrufen muß, daß es in Preußen immerhin noch leichter ist, mit den Sozialdemokraten eine die Interessen der katholischen Kirche während Kulturpolitik zu treiben, als mit den Deutschnationalen. Aus der Stimmung, die das preussische Zentrum angeht, dieser Haltung der Deutschnationalen erfüllen muß, werden starke unaussprechbare Resentiments erwachen, die in der Zukunft die koalitionspolitische Problematik in Preußen und darüber hinaus im Reich immer wieder beeinflussen werden. Wenn es richtig ist, daß Eugenberg die letzten Kommandos in der deutschnationalen Preußenfraktion gegeben hat, dann ist das ein neuer Beweis dafür, wie sehr ihm die Fähigkeit staatspolitischer Intuition mangelt, und wie sehr er seinen marxistischen Gegnern unterlegen ist.“

Badische Werkchau, eine neue Ausstellung der Städtischen Kunsthalle, Mannheim. Am Sonntag, den 21. Juli, eröffnet die Städtische Kunsthalle die Ausstellung „Badische Werkchau“. Während die letzte große Veranstaltung der Kunsthalle dem badischen Kunstschaffen auf dem Gebiet von Malerei, Plastik und Graphik gewidmet war, soll die neue Schau an ausgewählten Beispielen eine Übersicht über den Stand des architektonischen und des kunsthandwerklichen Schaffens in Baden vermitteln. Die Veranstaltung erfolgt in Gemeinschaft mit der badischen Landesgruppe des Deutschen Werkbundes, deren Geschäftsstelle sich in der Mannheimer Kunsthalle befindet. Mit wenigen Ausnahmen werden nur Arbeiten von Werkbundmitgliedern gezeigt. — Als Ergänzung der architektonischen Abteilung in der badischen Werkchau zeigt die Kunsthalle gleichzeitig (bis Ende August) die Ergebnisse dreier großer badischer Architektur-Wettbewerbe, die in letzter Zeit veranstaltet wurden. Es sind dies die Wettbewerbe für: den Erweiterungsbau der Universität Heidelberg; den Neubau einer Heilstätte Hirschthalde in Bad Dürkheim und die Siedlung Dammertod in Karlsruhe.

Der **Handelshochschule Mannheim** wurde an ihrem Jahrestag, dem 12. Juli, vom badischen Staatsministerium, wie schon mitgeteilt, das Promotionsrecht verliehen. Als Nachfolger von Prof. Dr. Ludermann wurde Prof. Dr. Sels zum Rektor gewählt. Die Hochschule geht damit von der zweijährigen zur einjährigen Rektoratsperiode über.

Ein **Ernst-Basermann-Denkmal in Mannheim.** Der Denkmalsausschuß hat als Standort für das Denkmal den Platz am Eingang zum oberen Luisenpark gewählt. Der Stadtrat der Stadt Mannheim hat diesen Platz für das Denkmal zur Verfügung gestellt. Die feierliche Enthüllung des Denkmals wird am 20. Oktober d. J. erfolgen.

Restaurierung des Speyerer Doms. In Speyer wird eine Kommission von Bau- und Kunstschaffenden aus München ernannt. Sie wird sich eingehend mit der Frage der Restaurierung beschäftigen. Verschiedene Risse im Dom machen bekanntlich eine Nachprüfung der baulichen Verhältnisse notwendig. Von der Entscheidung der Kommission, die die Untersuchung im Auftrage der Staatsbehörde vornimmt, wird die Restaurierung und besonders auch ihre Finanzierung abhängen.

Das französisch-amerikanische Schuldenabkommen

Ein Erfolg Poincarés

In der französischen Kammer hat am Dienstag im Verlauf sehr lebhafter Auseinandersetzungen über die Ratifizierung des französisch-amerikanischen Schuldenabkommens die Regierung Poincaré bei Stellung der Vertrauensfrage 65 Stimmen Mehrheit bekommen. Es wurde ein Antrag, der die Vertagung der Ratifizierung des Schuldenabkommens verlangte, abgelehnt, wie das Poincaré gefordert hatte.

Freilich ist damit zu rechnen, daß bei späteren Abstimmungen, sobald die Frage der Vorbehalte zur Diskussion kommt, diese Mehrheit zusammenschmilzt. Der Redner der Opposition, welche gegen die Ratifizierung sprach, sprach viel von Gerechtigkeit und Moral, von einem Appell an das Gewissen der Welt. Keiner vermochte aber der Kammer zu sagen, welche realpolitischen Maßnahmen sie an Stelle der von der Regierung befürworteten Ratifizierung zu ergreifen hätte. Ministerpräsident Poincaré sagte, er lehne es ab, neue Verhandlungen mit Amerika einzuleiten, wenn die Kammer dies wünsche, müsse sie das einer anderen Regierung anvertrauen.

Einige Blätter vertreten auf Grund des gestrigen Abstimmungsergebnisses die Ansicht, daß die Ratifizierung der französisch-amerikanischen Schuldenabkommen nach Ende dieser Woche angenommen wird.

Briand über den Youngplan

Paris, 17. Juli. (Tel.) Nach der Ablehnung der Tagesordnung Dubois stellten die Abg. Franklin-Bouillon und Delfet Vertagungsanträge. Briand trat in seiner Rede dem Vertagungsantrag auf das entschiedenste entgegen. Die Debatte wird, wie er betonte, um so peinlicher, je länger sie dauert. Der Krieg, der die Völker auf die Schlachtfelder wirft, ist kein gutes Geschäft mehr. Sieger und Besiegter haben ihr volles Maß an Leiden. Mit großem Aufwand erinnerte Briand an den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg. Darauf stellte Abg. Blum einen neuen Vertagungsantrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, zunächst eine Politik der wirtschaftlichen Befriedung und Abrüstung zu betreiben. Ohne die sofortige Räumung des Rheinlandes gibt es keine Befriedung. Ohne Räumung keine Annahme des Youngplans.

Auf die Rede Blums ergriff Briand nochmals das Wort. Er schilderte die Schritte Frankreichs zur Aufrichtung des europäischen Friedens. Die französische Regierung will auf die Konferenz gehen mit dem sehr festen Willen, alles, was möglich ist, im Interesse des Friedens zu erreichen; aber da der Abg. Blum von Reparationen und vom Rheinland gesprochen hat, muß ich ihm sagen, daß es nicht sehr leicht ist, sich im Rahmen der Vertäge zu bewegen. Es ist, wie wenn man jemand einen Sack mit Kohlen gibt und ihn beauftragt, Mehl daraus zu entnehmen. Die Regierung hat schon die Möglichkeit der Räumung der zweiten Zone ins Auge gefaßt. Die Räumung eines von 50 000 Mann besetzten Gebietes läßt sich freilich nicht von heute auf morgen bewirken. Was wir erlangen wollen, ist, daß eine endgültige Regelung zustande kommt, und daß der Youngplan lebendig und wirksam wird. Eine Anzahl Gesetze muß vom Reichstag beschloffen werden. Ohne sie könnte der Youngplan nicht durchgeführt werden. Wir werden ebenfalls mit diesem Plan vor die Kammer treten. Wir gehen auf die Konferenz mit dem besten Willen, eine endgültige Regelung zu erlangen und den Youngplan so ratifizieren zu lassen, wie er in seiner Gesamtheit von den Sachverständigen angenommen worden ist, mit Ausnahme gewisser Einzelheiten über die Zahlungsansätze. Der Friede wird sich übrigens nicht allein aus dieser Konferenz ergeben; er muß auch aus einer allgemeinen Verständigung zwischen den verschiedenen Ländern Europas entstehen. Unter den gegenwärtigen Umständen bin ich der Meinung, daß Europa organisiert werden muß, um die Konfliktsmöglichkeiten, die eine Gefahr für den Frieden sind, zu beseitigen. In diesem Sinne suchen wir die Organisation Europas als Pfand des Friedens.

Paris, 17. Juli. (Tel.) Briands Äußerungen über die Regierungskonferenz veranlassen einige Blätter zur Stellungnahme. So schreibt „Le Nouvelliste“: Briand kann zwar den Rhein nicht behaupten, trotzdem ist er entschlossen, ihn keineswegs für ein Liniengericht herzugeben. Die Art, in der er argumentiert, ist folgende: „Alles sagen kann ich Euch nicht; aber Ihr müßt Vertrauen zu mir haben, zu mir, dem Mann von Locarno! Die radikale „Republique“ schreibt: Als Briand von der bevorstehenden internationalen Konferenz sprach, war seine Zurückhaltung sehr groß. Wenn jemand in seinen Worten erndtet hat, welche Haltung die Regierung eigentlich einzunehmen gedenkt, dann muß der Betreffende schon sehr schlau gewesen sein. „Figaro“ sagt: Briand wünscht sich die Freiheit des Handelns zu bewahren, und er hat auch ein Recht zu schweigen. „Victoire“ schreibt: Der alte Fuchs von Locarno hat die Falle gewittert und sein Recht geltend gemacht, nicht von vorneherein auf der Tribüne der Kammer zu erzählen, was er demnach mit seinem Gegenossen Müller und MacDonald ins Werk setzen gedenkt.

Kleine Chronik

Otto Hendell †. Der Geniorkopf der Seltellerei Hendell & Co., Otto Hendell, der im vorigen Monat noch in voller Frische seinen 60. Geburtstag feierte, ist nach einer Weidung aus Wiesbaden plötzlich gestorben. Er war über 40 Jahre lang im Betrieb der Firma tätig.

Der **Dampfer „Bremen“** hat Dienstag nachmittag unter dem Jubel einer unüberschaubaren Menschenmenge seine erste Fahrt nach Amerika angetreten.

Der **Dampfer „Derfflinger“** des Norddeutschen Lloyd ist an der chinesischen Küste, etwa 40 Meilen von Tsingtau, auf ein Riff aufgelaufen. Zwei Laderaume sind vollgelaufen. Bergungsdampfer sind unterwegs.

In **Hamburg** begann die Verhandlung gegen den 64jährige Architekten Ernst Julius Wigen aus Stargard, der beschuldigt ist, in den Jahren 1918 bis 1928 an seiner jetzt erst 16jährigen Stieftochter Wera im Einverständnis mit der leiblichen Mutter des Kindes unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben und später mit ihr in intimen Verkehr getreten zu sein. Die Aufdeckung des Verbrechens erregte in der Hamburger Gesellschaft, wo der Angeklagte eine große Rolle spielte, ungeheures Aufsehen.

In **Saarbrücken** wurde ein Lehrling, der seinen Lehrherrn erschlagen und dann 3000 Franken geraubt hat, zu der für Jugendliche höchstzulässigen Strafe von 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die **Aferschwemmungen** in der Türkei kosteten 700 Todesopfer. Vor **Palparaiso** ist ein chilenisches Flottentransportschiff gesunken. Nur ein Mann der 40 Köpfe starken Besatzung konnte gerettet werden.

Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident hat am Dienstag den Kommandeur der Seereservegeschulen der Vereinigten Staaten, General Connor, empfangen.

Strefemann verbleibt bis Ende Juli in Baden. Nach Blättermeldungen hat sich Reichsaussenminister Dr. Strefemann entschlossen, seinen Erholungsurlaub auf der Bühler Höhe bis Ende Juli auszuwehnen, um möglichst erholt zu seinen Geschäften zurückkehren zu können.

Der Chef der chilenischen Seereserve, General Diaz, tritt am Donnerstag von Amerika aus seine Reise nach Berlin an, um den künftigen Besuch des Chefs der deutschen Seereserve, General Hege, bei der chilenischen Armee zu erwidern.

Nachwuchs für Inlandgetreide. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages hat der Verordnung über die Kontrolle der Mühlen zur Durchführung des Vermahlungszwanges von Inlandgetreide zugestimmt.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Freiherr Langwerth von Simmern, wird am Sonntag dem pfälzischen Kreisturnfest in Zweibrücken beiwohnen. Am Montag wird er auf der Rückreise Oppau und Ludwigshafen besuchen. Am Montagabend fährt der Reichskommissar nach Darmstadt weiter.

Beim **Gagener Arbeitsamt** wurden erneut Unterschlagungen in Höhe von 45 000 RM festgestellt. Sieben Personen sind in die Affäre verwickelt.

Bei **Kommunistenfundgebungen** gegen China wurden Dienstagabend in Berlin 25 Personen verhaftet, die sich den Anordnungen der Polizei nicht fügen wollten.

Die **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** in England. Das engl. Unterhaus nahm ohne Abstimmung die vom Kabinettsmitglied Thomas eingebrachte Kreditvorlage an. Hierdurch wird die Ausführung des Planes des Ministers Thomas zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ermöglicht. Dieser Plan sieht finanzielle Hilfe oder Garantien bis zu 25 Millionen Pfund Sterling für geeignete Arbeiten vor, durch die Arbeitslose Beschäftigung finden.

Der **Brotpreis** in Paris wird ab heute von 2.10 auf 2.20 Franken je Kilogramm erhöht.

Badischer Teil

Badischer Städtebund

Der Badische Städtebund (Verband der mittleren Städte Badens) hielt vor einigen Tagen in Kehl unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Renner, Rastatt, eine Ausschusssitzung ab.

Hauptgegenstand der Verhandlungen war, wie uns geschrieben wird, die Aussprache über eine Denkschrift über die **Badische Verwaltungsreform**, die von einer vom Städtebund eingesetzten besonderen Kommission ausgearbeitet worden war. Die Aussprache führte zu einer einmütigen Stellungnahme. Die Frage wird am Stadtag des Städtebundes im Herbst d. J. weiter behandelt werden.

Einen Antrag auf Änderung der **Befolgsregelung** für die **Gemeindepolizeibeamten** behauert der Ausschuss aus grundsätzlichen Erwägungen nicht fassen zu können.

Für die **Mitwirkung der Gemeinden bei den Landwirtschaftskammerwahlen** besteht nach Ansicht des Ausschusses keine gesetzliche Verpflichtung. Die Mitwirkung ist daher grundsätzlich für die Zukunft abzulehnen. Dabei wurde auch festgestellt, daß die Wahlordnung im Hinblick auf die geringe Teilnahme der Bevölkerung an der Wahl dringend abänderungsbedürftig ist.

Fragen der Statistik, des Besuchs der Fachschulen, der Aufstellung der Handwerksrollen u. a. wurden außerdem noch erörtert.

Aus der badischen Landwirtschaft

Gründung der Badisch-Pfälzischen Eierverwertungsgenossenschaft Karlsruhe

Am Sonntag, den 14. Juli 1929, wurde in Anwesenheit von Vertretern der Landwirtschaft und des Genossenschaftswesens von Baden und der Pfalz, der Geflügelzüchter, der Hausfrauenvereinigungen unter Vorsitz von Verbandspräsident Reibel, Karlsruhe, und nach einem Referat von Generalsekretär Landwirtschafstatist Kälber, Karlsruhe, die Badisch-Pfälzische Eierverwertungsgenossenschaft mit dem Sitz in Karlsruhe gegründet. Die Landesgenossenschaft erhält zur Organisation der landwirtschaftlichen Eiererfassung und -verwertung Reichsmittel aus dem landwirtschaftlichen Notprogramm.

In den Vorstand wurden einstimmig gewählt: 1. Vorstand: Verbandspräsident Reibel, Karlsruhe, Stellvertreter: Verbandsdirektor Wagner, Landau, weitere Vorstandsmitglieder: die Herren Gutsinspektor Langenstein, Karlsruhe, Direktor Dr. Schwärzer, Freiburg, und Direktor Heinrich Jünger, Karlsruhe. In den Aufsichtsrat wurden gewählt: die Herren Moltervorstand Grampy, Diersheim, Jimpfer, Rheinbischhofshaus, Direktor Jüller, Karlsruhe, Generalsekretär Landwirtschafstatist Kälber, Karlsruhe, Prinzessin zu Löwenstein, Langenzell, Frau von Gleichenstein, Oberrotweil, Tiergutsinspektor Baur, Einach, W. Mohr, Buchheim, A. Diener, Riemanns, Bürgermeisters Wegert, Schweigern, Karl Stehle, Forzheim, und ein Vertreter des Seegebietes.

Tagungen

Tagung der badischen Buchbindermeister

Die badischen Buchbindermeister hielten in Konstanz ihre Jahrestagung ab. Buchbindermeister Washaufen konnte eine große Anzahl Berufskollegen und Gäste begrüßen und gedachte kurz der Toten des Jahres. Das Buchbinderhandwerk habe in besonderem Maße unter der drückenden Wirtschaftslage zu leiden gehabt. Der vom Verbandrechner Fugger vorgelegte Massenbericht wies eine Gesamtzunahme von 4000 RM auf, so daß noch ein Überschuß von 400 RM verbleibt. In dem Bericht über schwebende Verbands- und Bundesfragen wurde darüber geflagt, daß die Sparmaßnahmen der Behörden die Buchbinder besonders hart trafen. Dem Verband ist es gelungen, die Regiebetriebe etwas einzudämmen. Verbandrechner Fugger empfahl, mit dem Buchbinder-gewerbe einen Handel mit Papierwaren zu verbinden. Zur Belegungsfrage wurde eingehend Stellung genommen. Der nächste Tagungsort ist Forzheim.

Der Badisch-Pfälzische Buchhändlerverband

schloß seine Jahrestagung in Forzheim ab. 1875 wurde der Verband gegründet, er zählt 288 Mitglieder. Die Verhandlungen unter Leitung des Vorsitzenden, Buchhändler Freilich, Heidelberg, beleuchteten die mißliche Lage des Sortimentbuchhandels, die auch durch die Zurückhaltung der Behörden im Bücherkauf stark beeinflusst wird. Der nächste Tagungsort ist Konstanz.